

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 17.

Mittwoch, den 22. Januar

1913.

Auf Grund des § 3 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzblatt S. 711) wird folgendes bekannt gemacht.

Für jeden Anschluß an das Fernsprechnetz in Eibenstock, der nicht weiter als 5 km von der Vermittlungsstelle entfernt ist, beträgt vom 1. April 1913 an die Pauschgebühr 140 Mark. Die Grundgebühr und die Gesprächsgebühr bleiben unverändert.

Teilnehmer, welche zur Zeit die Pauschgebühr zahlen, können aus Anlaß der Erhöhung dieser Gebühr ihre Anschlüsse für den 1. April kündigen. Die Kündigung ist bis zum Ablauf des Februar schriftlich bei dem Postamt in Eibenstock anzubringen.

Diejenigen Teilnehmer, welche an Stelle der Pauschgebühr die Grundgebühr und Gesprächsgebühren zahlen wollen, müssen dies dem Kaiserlichen Postamt in Eibenstock vor Ablauf des Februar schriftlich mitteilen. Sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern.

Chemnitz, 17. Januar 1913.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Die auf 1912 fälligen Kirchenquatenber sowie frühere Reste und dergl. Konfirmationsmandengelder, werden mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß selbige nächstens auf Kosten der Säumigen einzufassen werden.

Der Kirchenvorstand.

Die am 22. dieses Monats nachmittags 1 Uhr in der Restauration „Zentralhalle“ hier anstehende Versteigerung hat sich

erledigt.

Eibenstock, den 21. Januar 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Vor der Entscheidung.

Zwar hat sich der türkische Ministerrat, der sich mit der Kollektivnote der Mächte beschäftigt hat, mit Abergroßer Mehrheit für den Frieden ausgesprochen, jedoch man erwarten könnte, die Beantwortung auf die Vorschläge der Mächte könnte nur in einem Sinne erfolgen, der eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ausschloß. Daß die Türken noch weiter handeln wollen, verschärft die Lage im allgemeinen nicht, zumal die Pforte sich scheinbar zur Abtretung eines Teiles von Adrianopel bereit erklärt hat. Leider liegen aber auch eine Anzahl Meldungen vor, die den Wiederausbruch des Krieges ankündigen und diese bedrohlichen Meldungen gehen aus von den Balkanverbündeten unter russischer Ägide. Droht doch Rußland offen damit, nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit bewaffneter Macht den Balkanalliierten beizustehen. Daß unter solchen Umständen die Balkanier wieder doppelte Courage bekommen, ist nicht verwunderlich, verwunderlich kann es dann aber auch nicht erscheinen, wenn Rußland als Störer des europäischen Weltfriedens hingestellt wird; denn das Eingreifen Rußlands bedeutete den Weltkrieg. Inwiefern die Türkei nachzugeben gewillt zu sein scheint, besagt folgendes Telegramm:

Paris, 20. Januar. In der die Antwort an die Botschafter der Großmächte kommentierenden und ergänzenden Depesche der Pforte an ihre Londoner Delegierten befindet sich, wie man hier erzählt, folgender Passus: „Wir werden zum Dienstag, den 21. dieses Monats den großen Rat der Senatoren, hohen Geistlichen und weltlichen Würdenträger befragen, ob wir in unserer Opferwilligkeit noch weiter gehen können, als dies schon geschehen ist.“ Der Kommentar erwähnt dann die unbedingte Notwendigkeit, neben den Sultansgräbern auch den ganzen Stadtteil zu behalten, in dem die Moscheen sich befinden. Im französischen Ministerium hält man diese Zugeständnisse für sehr wichtig.

Tamit, daß die Türkei nur den Stadtteil Adrianopels behalten will, in dem sich die Moscheen befinden, erklärt sie sich bereit, den anderen Teil an Bulgarien abzutreten, und das dürfte schon als wichtiges Zugeständnis betrachtet werden. Auch die türkische Presse stimmt verständliche Weisen an:

Konstantinopel, 20. Januar. Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche Meinung auf eine Antwort vor, welche der Note der Mächte entgegenkommt. Die „Jeni Gazette“ hebt hervor, welche großen Schwierigkeiten für die Türkei angesichts der Drohung der Mächte durch eine Ablehnung entstehen würden, und erklärt, es sei in einem solchen Augenblicke nicht geboten, Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen, die Rettung des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen rechnet und ohne Zaudern vernunftgemäße Entschlüsse fasse. Der „Akdam“ behandelt die Mitteilungen einiger Zeitungen, denen zufolge die Pforte in dem Sinne antworten würde, von neuem ein Handelsgeschäft zu beginnen, und erklärt, die Pforte würde durch ein fortgesetztes Nachgeben ihr Prestige verlieren, würde durch ihre Opfer nichts erreichen; die Pforte müßte ernsthaft die politische und militärische Lage berücksichtigen, nicht zaudern, den durch die Umstände auferlegten Opfern zuzustimmen und versuchen, die von den Großmächten gemachten Verprechungen auszunutzen.

Die kriegerisch lautenden Nachrichten von bulgarischer und russischer Seite werden dahingegen einige Sorge bereiten:

London, 20. Januar. Wie man hört, hat der Ministerpräsident Selchow den bulgarischen Delegier-

ten es überlassen, sofort General Sawow, den Oberkommandierenden an der Tschataltscha-Linie telegraphisch zu benachrichtigen, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden könnten, falls sie glauben, daß es nicht angebracht sei, auf einen etwaigen Friedensschluß zu warten. Man sagt, daß die Soldaten der Alliierten im Frühjahr in ihre Heimat entlassen werden müßten, um das Land zu bestellen und die Verbündeten wollten daher nicht länger warten, da andernfalls im Lande eine große Hungersnot ausbrechen könnte.

Konstantinopel, 20. Januar. Die Pforte hat im Verlaufe weniger Tage zweimal durch den russischen Botschafter die Mitteilung erhalten, daß im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Rußland seine Neutralität nicht aufrecht erhalten könne.

In den Botschafterkreisen scheint man aber trotzdem guten Mutes zu sein; denn die Botschafter hoffen, sofort in die Beratung der untergeordneten Fragen zur Herbeiführung des Friedensschlusses eintreten zu können.

London, 20. Januar. In politischen Kreisen wird bekannt, daß die Botschafterkonferenz am Mittwoch wieder zusammentreten wird. Man hofft, daß dann die türkische Antwortnote bereits vorliegt. Die Botschafter werden daran gehen, die nördlichen und südlichen Grenzen von Albanien festzustellen. Auch dürfte mit der Beratung der Inselfrage begonnen werden. Rußland will auf den Wunsch von Montenegro auch die Frage von Stutari ansprechen. Montenegro will seine Grenzlinie bis San Giovanni di Medua ausdehnen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Besuch des bayerischen Prinzregenten in Berlin. Wie die bayerische „Staatszeitung“ meldet, wird der Prinzregent in absehbarer Zeit dem Berliner Hofe einen Besuch abstatten. Ueber den genauen Zeitpunkt ist jedoch noch nichts bekannt, da erst Vereinbarungen getroffen werden müssen. Nach Ablauf der Landesstrauer gedenkt der Prinzregent einige größere Städte und Kreise Bayerns zu besuchen.

Verlobung. Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen, die einzige Tochter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, hat sich am Montag mit dem Prinzen Heinrich XXXIII. von Ruß verlobt.

Maßnahmen gegen russische Ballone. Nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Inneren, welche den Behörden der östlichen Grenzprovinzen zugegangen ist, sollen russische Ballone, welche über die deutsche Grenze kommen, stets zum Landen gebracht werden, falls sie nach Ueberfliegen der Grenze nicht eine sofortige Landung vornehmen. Es handelt sich hierbei um eine Abwehrmaßregel gegen die Russen, die von Deutschland über die russische Grenze fliegende Ballone sofort beschließen, und zur Landung zwingen.

Zu den Typhuserkrankungen. Der Typhus hat am Montag im Eisenbahnregiment Nummer 3 zu Hanau das 17. Opfer gefordert, indem der Gefreite Richard aus Badesheim in Oberhessen gestorben ist. Der Krankenbestand beträgt zur Zeit 122. Der kommandierende General des 18. Armeekorps war am Montag in Hanau, um sich über den Stand der Krankheit zu unterrichten.

Suspendierung des Jesuitengesetzes. Wie der „Bayerische Kurier“ meldet, besteht in maßgebenden Regierungskreisen die Absicht, eine Suspendierung des Jesuitengesetzes auf Zeit und Wohl-

verhalten durchzuführen. Diese Aussicht würde die Tätigkeit der Jesuiten freigegeben, ihnen aber die Niederlassung in Deutschland nach wie vor verbieten.

Oesterreich-Ungarn.

Schwere Erkrankung des Erzherzogs Rainer. Erzherzog Rainer ist vor einigen Tagen an fieberischer Influenza erkrankt. Am Abend des Erkrankungstages trat Schüttelfrost ein und die Temperatur stieg auf 39 Grad. Die Nacht auf den 19. Januar war durch Hustenreiz gestört, der Morgen des 19. fieberfrei. Am Sonntag nachmittag stellte sich ein sehr heftiger Kollapsfall, welcher von schwerem Schüttelfrost begleitet war, ein. Die Temperatur stieg wiederum bedeutend. Das ganze Krankheitsbild deutet auf einen Anfall von akutem Darmverschluß hin. Die Symptome sind bis Montag nicht behoben worden. Demgemäß gibt der Zustand zu ersten Anzeichen Anlaß, zumal besonders Darm lähmungserscheinungen eingetreten sind. Der Kaiser und die Mitglieder des Kaiserhauses haben sich im Laufe des Tages wiederholt nach dem Befinden des Erzherzogs erkundigt.

Italien.

Staatssekretär Jagow beim Papst. Die „Mönische Volkszeitung“ meldet aus Rom: Staatssekretär von Jagow wurde am Montag vormittag vom Papst in Privataudienz empfangen. Nach dem Empfang machte Herr von Jagow auch dem Kardinal-Staatssekretär Merry del Val einen Besuch.

Frankreich.

Briand Ministerpräsident. Briand übernahm die Bildung des neuen französischen Kabinetts.

Rückkehr Spauteys nach Marokko. Wie offiziös verlautet, wird General Spautey wahrscheinlich am nächsten Sonnabend nach Marokko zurückkehren und bei dieser Gelegenheit die neue Schiffsfahrts-Verbindung Bordeaux-Casablanca eröffnen.

China.

Die neue chinesische Anleihe. Die Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe machen keine Fortschritte. Rußland, energisch von Frankreich unterstützt, erhob viele Ausstellungen. Die letzte chinesische Anleihe war zu fünf Prozent ausgegeben und nicht nur der chinesische Generalkontrakt, sondern auch die Inhaber der Papiere wenden sich entschieden dagegen, daß ein höherer Zinsfuß gewährt würde.

Vertliche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 21. Januar. Mit dem 1. Februar ist beim hiesigen Hauptzollamt eine neue Zollsekretärstelle eingerichtet worden. Sie wird besetzt werden mit Herrn Zollsekretär Ender aus Dresden.

Eibenstock, 21. Januar. Die Standesbewegung der Handlungsgehilfen hat in der letzten Zeit allseits eine ziemlich lebhaftige Beachtung gefunden, was sich vor allem in den Sitzungsberichten des Reichstages, wie in den Jahresberichten der deutschen Handelskammern geltend macht, gleichzeitig aber auch in der erhöhten Anteilnahme der Tagespresse an den in Betracht kommenden Fragen zum Ausdruck kommt. Da noch so manche Unklarheit über die Fragen der kaufmännischen Sozialreform besteht, erscheint es dringend notwendig, Aufklärung in die weitesten Kreise der Beteiligten zu tragen. Zu diesem Zwecke wird der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Kreisverein Eibenstock, hier eine Versammlung veranstalten, die am 24. Januar abends 9 Uhr im Vereinszimmer des Hotel Stadt Leipzig stattfindet, zu welcher der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Theodor Vinz, Chemnitz über das Thema: Neue Zeiten, Neue Wege sprechen wird. Der Besuch der Versammlung sei allen Interessenten angelegentlich empfohlen.